

**Koalitionsvertrag zwischen  
Campusgrün  
Linke Liste / SDS  
Juso HSG  
für die Legislatur 2026/2027  
an der JGU Mainz**



## **Wofür stehen wir?**

Als Vertretung der Studierendenschaft fordern wir ein besseres Studium für uns alle! Dafür gehen die Hochschulgruppen CampusGrün, Linke Liste / SDS und die Juso Hochschulgruppe eine Koalition ein, die das 76. Studierendenparlament, den AStA sowie den Senat betreffen. Der vorliegende Koalitionsvertrag geht auf unsere Koalitionsziele ein.

Wir sind solidarisch mit allen Studierenden, die von Unterdrückung betroffen sind. Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung von Palästinasolidarität und lehnen jede Form von Diskriminierung, wie (antimuslimischen) Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus, Ableismus, Klassismus sowie den Anstieg von rechtsextremen Bestrebungen ab.

## **Im Rahmen unserer Möglichkeiten setzen wir uns für die Umsetzung der nachfolgenden Ziele ein:**

- 1.** Unsere studentische Vertretung im Senat setzt sich, nach einem Beschluss des Studierendenparlaments, für die Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen ein, lediglich zu zivilen und friedlichen Zwecken zu forschen. Ziel soll es sein, eine Zivilklausel an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zu etablieren. Die universitäre Forschung an der JGU Mainz soll Kriegs- und Friedensursachen ergründen und Strategien ziviler Konfliktlösung in internationaler Arbeit untersuchen. Hierbei wollen wir Vorschläge zur Änderung der Grundordnung ausarbeiten.
- 2.** Wir fordern kostenlose Menstruationsprodukte auf dem gesamten Campus und auf allen Toiletten. Dabei unterstützen wir das AlleFLINTA\*-Referat, die ein erstes Pilotprojekt bereits umgesetzt haben.
- 3.** Wir stehen solidarisch hinter den Autonomen Referaten des AStA. Eine gute Kommunikation mit den Referaten und die Wahrung ihrer Unabhängigkeit ist uns wichtig.
- 4.** Wir schützen die Feministische Bibliothek als eine Errungenschaft und Institution an der JGU
- 5.** Unsere studentische Vertretung im Senat setzt sich nach Beschluss des StuPa für eine Etablierung genderneutraler Toiletten an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ein. Dabei ist in multiprofessioneller Zusammenarbeit die konkrete Umsetzung zu prüfen.
- 6.** Der Arbeitsbereich Finanzen prüft in Zusammenarbeit mit den einzelnen Arbeitsbereichen und Abgeordneten der Koalition mögliche Einsparpotentiale am AStA-Anteil des Semesterbeitrags, ohne das Angebot des AStA und insbesondere der autonomen Referate zu mindern.
- 7.** Die psychotherapeutische Beratungsstelle (PBS) am Campus gehört besser finanziert. Darum setzen wir uns bei der Landespolitik für eine bessere Unterstützung ein. Zudem prüfen wir, ob die PBS anderweitig finanziell unterstützt werden kann.
- 8.** Wir setzen uns für die beim AStA registrierten Hochschulgruppen ein und stellen uns gegen Repressionen oder Einschränkungen, wie sie beispielsweise die Students for

Palestine erfahren. Zudem wollen wir in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung transparente Zulassungs- und Veranstaltungsregeln für Hochschulgruppen erarbeiten.

**9.** Wir setzen uns für studentisch bedarfsgerechte Mensa-Zeiten und Mensapreise ein.

Dafür braucht es faire Arbeitsbedingungen und eine gute Ausfinanzierung des Studierendenwerks (durch die Landesregierung), weshalb wir solidarisch hinter den Mitarbeitenden des Studierendenwerkes stehen. Wir setzen uns außerdem für mehr pflanzliche Nahrung in den Mensen sowie für Verpflegung außerhalb der Mensazeiten (z.B. durch Automaten) ein.

**10.** Die Kooperation mit meinRad soll weiter beworben werden, um die Nutzung durch und den Nutzen für Studierende zu erhöhen. Darüber hinaus soll eine bessere Verfügbarkeit der Fahrräder auf dem Campus erreicht werden.

**11.** Das Deutschland-Semesterticket soll beibehalten werden, soweit es im Vergleich zu anderen Optionen nicht unverhältnismäßig teuer wird. Für ein günstigeres Deutschlandticket oder zumindest einen größeren Rabatt für Studierende wollen wir uns einsetzen.

**12.** Kulturprogramme, auf dem Campus und darüber hinaus, gehören gestärkt und ausgebaut, weshalb wir unter anderem die Kooperation mit dem Staatstheater Wiesbaden weiterführen.

**13.** Wir fordern mehr studentische Vertretung im Senat, damit Studierende ein stärkeres Mitspracherecht bei grundlegenden Entscheidungen haben. Zudem setzen wir uns für die Umsetzung einer studentischen Vizepräsident\*innenschaft an der JGU ein.

**14.** Wir wählen keine Mitglieder von Burschenschaften und Verbindungen in irgendwelche Ämter.

**15.** Für einen betroffenen-orientierten Umgang mit Machtmissbrauch und Übergriffen fordern wir Veränderungen bei den Gleichstellungsstrukturen der Universität!

**16.** Unsere studentische Vertretung bringt das Thema BDS (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) im Senat ein, damit dies dort diskutiert werden kann. Für die Durchführung einer Prüfung und eventuellen Umsetzung der BDS-Kampagne an der JGU fordern wir die Einrichtung einer Arbeitsgruppe.

**17.** Wir fordern inklusive Gebetsräume für alle Studierende. Dafür suchen wir das Gespräch mit den Autonomen Referaten und den Fachschaften. Gegebenenfalls wird eine Arbeitsgruppe dazu gegründet.

**18.** Wir fordern Ruheräume auf dem Campus. Dafür suchen wir das Gespräch mit den Autonomen Referaten und den Fachschaften. Gegebenenfalls wird eine Arbeitsgruppe dazu gegründet.

**19.** Wir fordern eine 48-Stunden Abmeldefrist für alle Klausuren.

**20.** Alle Vorlesungen sollen, wenn möglich, aufgezeichnet und datenschutzkonform online gestellt werden.

**21.** Um eine tierversuchsfreie Forschung und Lehre zu ermöglichen, wollen wir Bewusstsein und Aufklärung dafür schaffen.

**22.** Der Campus soll entsiegelt werden und mehr Grünflächen enthalten. Dafür suchen wir Gespräche mit der Universitätsleitung. Des Weiteren setzen wir uns für eine Stärkung des Projekts Sustainable University (SUNNY) ein.